

Germany-Munich: Guard services

OJ S 84/2023 28/04/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landeshauptstadt München vertreten durch MRG Münchner

Raumentwicklungsgesellschaft mbH

Postal address: Paul-Henri-Spaak-Straße 5

Town: München

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Postal code: 81829

Country: Germany

E-mail: vergabe@mrg-gmbh.de

Telephone: +49 8994550067

Fax: +49 8994550016

Internet address(es):

Main address: www.mrg-gmbh.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EuBekVuUrl?z_param=269059

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EuBekVuUrl?z_param=269059

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Eigengesellschaft der Landeshauptstadt München

I.5. Main activity

Other activity: Abwicklung von Planung und Bau öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Umbau der Bettenhäuser 1 und 2 am Klinikstandort Schwabing zu Wohnen für Pflegekräfte der Münchenstift GmbH und der München Klinik gGmbH mit KiTa und TG, Gewerk:

Baustellenbewachung

Reference number: P605.03.000.02

II.1.2. Main CPV code

79713000 Guard services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die beiden denkmalgeschützten Gebäude Haus 1 (Baujahr 1906, GF 1.970 m²) und Haus 2 (Baujahr 1909, GF 2.075 m²), welche bis vor Kurzem durchgehend als Bettenhäuser genutzt wurden, werden in 132 Wohnungen für Pflegekräfte der Münchenstift GmbH und der München Klinik gGmbH einschließlich einer KiTa umgebaut. Errichtet wird zudem eine Tiefgarage. Die Gebäude haben jeweils UG, EG, 3 OGs und DG. Zudem existieren 2 Verbindungsgänge mit UG, EG, 1 OG).

Gegenstand des Auftrags ist die Baustellenbewachung während der Dauer der Bauzeit.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

79713000 Guard services, 79710000 Security services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE212 München, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Am Klinikstandort Schwabing, Kölner Platz 1, 80804 München

II.2.4. Description of the procurement

Baustellenbewachung und Zutrittskontrolle während der gesamten Bauzeit von rund 2 Jahren, einschließlich Errichtung eines Pfortnerhäuschens, einer Schranke sowie einer Drehkreuzanlage. Die Leistungen sind erforderlich, da es sich um eine Großbaustelle mit teilw. bis zu 250 Baustellenbeteiligten handeln wird.

Eine Sicherung des denkmalgeschützten Bestands vor Zugriff und Begehung durch Dritte ist erforderlich, um Diebstahl, Beschädigung, Vandalismus während der Bauphase zu vermeiden. Der kontrollierte Zugang zur Baustelle trägt zur Vermeidung unbefugten Zutritts bei. Gegenstand der Leistungsbeschreibung sind Baubewachung und Zutrittskontrolle der Baustelle mit arbeitstäglichem Öffnen und Schließen des Baustellenzugangs und der Gebäudezugänge, die Ausgabe von Schlüsseln einschl. Verwaltung der Aus- und Rückgabe und bei Bedarf das Öffnen und Schließen von einzelnen Räumen sowie einem mobilen Kontrolldienst und Stellung eines Aufzugwärters bei Bedarf.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Price

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 30/08/2023 End: 09/12/2025

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

- Die Zuschlagserteilung erfolgt voraussichtlich in der KW 26-27/2023. Mit der Leistung ist innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den AG (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B) zu beginnen; die Aufforderung wird dem AN voraussichtlich bis zum 14.08.2023 zugehen.
- Sicherheitsleistung für Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Brutto-Auftragssumme (im Anwendungsbereich des § 13b UStG der Netto-Summe).

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Erklärungen/Angaben des Bieters

- über das Vorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB;
- zu etwaigen Einträgen im Wettbewerbs- oder Gewerbezentralregister, zu denen er jedoch für sein Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen hat, die jederzeit nachprüfbar sind und durch die für sein Unternehmen die Zuverlässigkeit wiederhergestellt wurde;
- dass keine Eintragungen im Gewerbezentralregister oder im Wettbewerbsregister gespeichert sind;
- dass er die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit diese der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat;
- zur Mitgliedschaft bei einer Berufsgenossenschaft;
- zur Eintragung im Handelsregister, in die Handwerksrolle für die auszuführenden Leistungen, bei der Industrie- und Handelskammer oder Angabe, ob er nicht zur Eintragung in die genannten Register verpflichtet ist.

Folgende Unterlagen werden als Nachweis verlangt:

- sofern zutreffend: im Falle erfolgreicher Selbstreinigung eine Erklärung in Textform mit allen erforderlichen Angaben sowie eine Bestätigung der zuständigen Stellen hierüber;
- sofern zutreffend: bei Einträgen im Gewerbezentralregister oder Wettbewerbsregister eine Erklärung in Textform, die alle erforderlichen Angaben zum Sachverhalt enthält sowie etwaige Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Verstöße beschreibt;
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes oder Bescheinigung in Steuersachen (soweit vom Finanzamt ausgestellt);
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse bzw. der Krankenkasse (soweit Beitragspflicht besteht);
- sofern zutreffend: qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen;
- je nach Angabe: Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug, Eintragung in die Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer oder sonstige anderweitige Nachweise.

Ab einer Auftragssumme von 30 000 EUR fordert der Auftraggeber für Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz an.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Erklärungen/Angaben des Bieters

- über den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind (unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen), pro Jahr in EUR brutto;
- ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren beantragt, eröffnet

oder ein Antrag auf Eröffnung mangels Masse abgelehnt wurde oder sich das Unternehmen in Liquidation befindet bzw. ob ein eventuell vorliegender Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde;

- über das Vorliegen einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung bei einem (in einem EU-Mitgliedsstaat bzw. eines Vertragsstaates des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum) zugelassenen Versicherungsunternehmen in geforderter Höhe.

Folgende Unterlagen werden als Nachweis verlangt:

- im Insolvenzfall: Insolvenzplan, sofern ein solcher vorliegt und rechtskräftig bestätigt wurde;
- Nachweis der bestehenden Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung oder schriftliche Bestätigung des Versicherungsunternehmens über die Erhöhung der Deckungssummen im Auftragsfall.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Als Mindeststandard ist gefordert:

- Mindestdeckungssummen der Haftpflichtversicherung in EUR: 3.000.000 für Personenschäden (250.000 für die einzelne geschädigte Person), 3.000.000 für Sachschäden sowie 50.000 für Bearbeitungs- bzw. Vermögensschäden sowie Maximierung der Ersatzleistung von mindestens dem Zweifachen der Deckungssumme je Kalenderjahr.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Erklärungen/Angaben des Bieters

- dass er in den letzten 5 Jahren (bezogen auf den Monat der Veröffentlichung der Bekanntmachung) vergleichbare Leistungen ausgeführt hat;
- dass ihm die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen;
- zur Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, mit extra ausgewiesenem Führungspersonal;
- dass er nach DIN ISO 9001 zertifiziert ist.

Folgende Unterlagen werden als Nachweis verlangt:

- Referenznachweise über erbrachte Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, innerhalb des genannten Zeitraums mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe ausgeführter Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Mitarbeiter; vertragliche Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer);
- Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen als Fachkraft für Arbeitssicherheit.

- Zertifizierung nach DIN ISO 9001.
- Minimum level(s) of standards possibly required:
Als Mindeststandard ist gefordert:
- Anzahl Referenzen: mindestens 3 wie beschrieben.
- Zertifizierung nach DIN ISO 9001.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 01/06/2023 Local time: 11:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/07/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 01/06/2023 Local time: 11:00

Place:

siehe I.1)

Information about authorised persons and opening procedure: keine Teilnahme zugelassen

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

a) Die Unterlagen sind barrierefrei zugänglich, Ziffer I.1). Es gelten die beigefügten Teilnahmebedingungen.

b) Die Abgabe von Angeboten ist ausschließlich über das Vergabeportal www.staatsanzeiger-eservices.de zugelassen, Ziffer I.3). Auf anderem Weg eingehende oder nicht fristgerecht eingereichte Angebote werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt.

c) Der Auftraggeber empfiehlt allen Teilnehmern die Registrierung auf dem Vergabeportal, da nur so der Erhalt zusätzlicher Informationen während des Verfahrens (Aktualisierung von Unterlagen oder Terminen, Antworten auf Fragen der Teilnehmer) gewährleistet ist. Für Einmal- oder Gelegenheitsnutzer bietet der Betreiber einen kostenlosen sog. „Kiosk-Service“

an. Es wird empfohlen, sich mit dem Vergabeportal rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsfrist vertraut zu machen. Bei technischen Schwierigkeiten bietet der Betreiber einen Support an.

d) Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Teilnehmers Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er den Auftraggeber unverzüglich noch vor Angebotsabgabe ausschließlich in Textform über das Vergabeportal darauf hinzuweisen. Dies hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass der Auftraggeber noch mindestens sechs Tage vor dem Ablauf der Angebotsfrist Auskunft erteilen kann, somit bis spätestens 23.05.2023. Ansonsten ist er nicht zur Beantwortung verpflichtet. Die Beantwortung erfolgt über das Vergabeportal anonymisiert zeitgleich an alle registrierten Teilnehmer (sofern für alle relevant), letztmalig am 24.05.2023. Eine Angebotsabgabe vor diesem Datum wird daher nicht empfohlen. Jeder Teilnehmer ist bis zum Ablauf der Angebotsfrist selbst dafür verantwortlich, sich zusätzlich bereitgestellte Informationen des Auftraggebers vom Vergabeportal zu laden. Angebote, die nicht auf dem zum Zeitpunkt der Abgabefrist gültigen Stand der Vergabeunterlagen basieren, werden, sofern sie nicht vergleichbar sind, vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

e) Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist zulässig, wobei der Koordinierungsaufwand zu keiner Zeit (Vergabeverfahren bzw. Auftrag) beim Auftraggeber liegen darf. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben (Formblatt 234),

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist;
- in der alle Mitglieder namentlich und mit USt.-ID-Nr. aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist;
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und zur Entgegennahme von Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist;
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen des Auftraggebers ist die Erklärung von allen Mitgliedern zu unterzeichnen bzw. fortgeschritten oder qualifiziert zu signieren. Für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft sind die von ihm übernommenen Teilleistungen des Auftrags zu benennen; es sind jeweils eigene Eigenerklärungen zur Eignung abzugeben, siehe hierzu das zur Verfügung gestellte Formblatt L124.MRG. Die vom Auftraggeber geforderten Erklärungen und Nachweise zur Eignung des Mitglieds sind in Bezug auf die übernommene Teilleistung einzureichen. Nach Ablauf der Angebotsfrist ist eine Änderung der Mitglieder einer Bietergemeinschaft nicht mehr zulässig und hat den Ausschluss der betreffenden Bietergemeinschaft vom weiteren Verfahren zur Folge. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zum Verfahrensausschluss sämtlicher betroffener Bietergemeinschaften und Einzelbieter, sofern sie nicht bereits mit dem Angebot nachweisen, dass sie durch organisatorische oder personelle Maßnahmen sichergestellt haben, dass ein Verstoß gegen den Geheimwettbewerb ausgeschlossen ist.

f) Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge / Eignungsleihe): Beabsichtigt ein Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Nach- oder Subunternehmer, Unterauftragnehmer) oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot (Formblatt 235) benennen. Der Bieter hat nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat für jedes andere Unternehmen die gemäß Formblatt L124.MRG geforderten Eigenerklärungen einzureichen, den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben, entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen (Formblatt 236) sowie die vom Auftraggeber geforderten Erklärungen und Nachweise zur Eignung in Bezug

auf die Teilleistung/Kapazitäten einzureichen. Nimmt der Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch (Eignungsleihe nach § 47 Abs. 3 VgV), müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben. Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten Frist zu ersetzen (§ 47 Abs. 2 S. 3, 4 VgV).

g) Die in Ziffer III.1) aufgelisteten, erforderlichen Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus Formblatt L124.MRG „Eigenerklärung zur Eignung“ (EE), ggf. auch aus weiteren Erklärungen /Nachweisen. Alternativ zulässig ist die Abgabe einer „Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung“ (EEE) oder die Angabe des Eintrags im Präqualifikationsverzeichnis (Amtliches Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich e.V., PQ-VOL), ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Der Bieter hat eigenverantwortlich zu prüfen, ob der Inhalt der EEE bzw. PQ-VOL alle vom Auftraggeber verlangten Erklärungen und Nachweise abdeckt. Nicht enthaltene, aber verlangte Unterlagen sind vom Bieter zusätzlich einzureichen. Bei einer Bietergemeinschaft oder bei Einbindung anderer Unternehmen (Einsatz als Nach-/Subunternehmer/Unterauftragnehmer bzw. wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Eignungsleihe) gilt dies für alle am Angebot beteiligten Unternehmen entsprechend. Dabei kommt es auf die Eignung des Bieters (bzw. der Bietergemeinschaft) einschließlich der anderen Unternehmen insgesamt an. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen

- für die anderen Unternehmen die Eigenerklärungen (EE/EEE) bzw. der PQ-VOL-Eintrag einzureichen

- für alle am Angebot beteiligten Unternehmen (Bieter, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, andere Unternehmen) die Eigenerklärungen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

h) Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Angebote in anderer Sprache werden ausgeschlossen. Soweit Bescheinigungen verlangt werden, haben ausländische Bieter die jeweils gleichwertige Bescheinigung ihres jeweiligen Herkunftslandes vorzulegen. Für Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Sollten beim Auftraggeber Zweifel an der Übersetzung bestehen, hat der Bieter auf Anforderung des Auftraggebers eine beglaubigte Übersetzung vorzulegen. Legt der Bieter diese nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist vor, wird das Angebot ausgeschlossen.

i) Es wird empfohlen, die Formblätter des Auftraggebers zu verwenden.

j) Werden geforderte Erklärungen/Nachweise nicht bis zum Ablauf der Angebotsfrist vorgelegt, werden die Unterlagen nachgefordert. Erfolgt die Übersendung der nachgeforderten Unterlagen nicht innerhalb der dafür vorgesehenen Frist, führt dies zum Ausschluss des Bieters.

k) Für die Erstellung des Angebots wird keine Vergütung gewährt.

l) Ausschließlich der im EU-Amtsblatt TED veröffentlichte Inhalt der Bekanntmachung ist verbindlich.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München
Postal code: 80538
Country: Germany
E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telephone: +49 8921762411
Fax: +49 8921762847
Internet address: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/behoerde/mittelinstanz/vergabekammer>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Verstöße gegen Vergabevorschriften,

- durch die sich ein am Auftrag interessierter Bewerber oder Bieter in seinen Rechten verletzt sind, sind innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB),
- die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB),
- die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist (Frist zur Bewerbung) oder Angebotsabgabe beim Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB).

Hilft der Auftraggeber der Rüge nicht ab, kann innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers ein Antrag auf Nachprüfung bei der Vergabekammer gestellt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden in Textform informiert (§ 134 GWB). Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden. Bei Absendung der Information auf elektronischem Weg oder per Fax verkürzt sich diese Frist auf 10 Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch den Auftraggeber.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Postal address: Maximilianstraße 39

Town: München

Postal code: 80538

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telephone: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

Internet address: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/behoerde/mittelinstanz/vergabekammer>

VI.5. Date of dispatch of this notice

26/04/2023